

Die Kammer hat die EntschlieÙung zur Unterstützung des UN-Migrationspaktes gutgeheiÙen. Wie geht es nun weiter?

Der Premierminister wird den Standpunkt des Parlaments zum rechtlich nicht bindenden Migrationspakt am Montag in Marrakesch vertreten. Auch müssen wir davon ausgehen, dass innerhalb der Regierung die Diskussionen fortgeführt werden müssen, was das Engagement Belgiens vor der UN-Vollversammlung am 19. Dezember in New York betrifft.

Am 19. Dezember wird Michel – im Gegensatz zu Marrakesch – im Namen der Regierung auftreten müssen. Dafür muss er den Rückhalt aller Regierungsparteien haben, aber die N-VA will ihren Segen nicht geben.

Ich wage zu behaupten, dass er diesen Segen Ende September hatte, als er sich vor den Vereinten Nationen im Namen Belgiens zugunsten des Paktes aussprach. Das hat er nicht im Alleingang gemacht. Dafür war ein Regierungsbeschluss nötig, der auf Verhandlungen fuÙte, die während zwei Jahren mit allen betroffenen Institutionen unseres Landes, einschließlich der Regionen, und auch mit den zuständigen Ministern und dem Staatssekretär der Regierung geführt worden waren. Im September gab es ein klares Engagement zugunsten des Paktes. Ob dieses immer noch gilt, das bleibt innerhalb der Regierung zu klären.

N-VA hält das Bein steif: „Mit uns in der Regierung wird dieser Pakt nicht gutgeheiÙen.“ Damit ist die Regierung doch de facto am Ende.

Was die rechtlichen Folgen des Paktes, die Auswirkungen auf die belgische Gesetzgebung, betrifft, sind die Experten, die wir in der Kammer angehört haben, deutlich: Diese Vereinbarung bezweckt eine Kooperation zwischen den Staaten in der Welt, um Prozeduren in Bereichen wie Rückführung, Integration oder Identifizierung von Migranten zu verbessern. All die in dem Pakt festgelegten Ziele decken sich mit der Migrations- und Integrationspolitik, die wir in Belgien seit jeher führen. N-VA macht jetzt keine rationalen Argumente mehr geltend, und es sind wohl auch noch andere Strategien im Spiel, aber dafür ist die N-VA alleine verantwortlich.

Das politische Kräftemessen wird von Marrakesch nach New York verlagert. Mit anderen Worten: Die Regierung wird spätestens am 19. Dezember fallen.

Die Regierung muss in den kommenden Tagen festlegen, in welchem Maße sie weiterarbeiten will. Unabhängig von diesem Pakt, der für unsere Migrations- und Integrationspolitik wenig relevant ist, haben wir auf sozioökonomischer Ebene noch so viele Reformen durchzuführen. Ich erinnere nur an die Reform des Gesellschaftsrechts, an der ich seit Monaten arbeite, an die Rentenreform oder an die wichtige Krankenhausreform, die im Übrigen heute (Donnerstag) auf der Tagesordnung des Kammerplenums steht.

Aber die Regierung kann doch nicht mehr normal funktionieren.

Nachdem was in den letzten Tagen passiert, ist es sicher schwierig, das Vertrauen unter den Koalitionspartnern aufrecht zu erhalten. Die unwahren und falschen Aussagen der N-VA, ihre Kampagne gegen den Pakt, haben mich geschockt. Die Verantwortung liegt bei denen, die diese Krise verursacht haben. Sie müssen sagen, ob sie die wichtigen Reformen noch weiterführen, ihre Verantwortung bis zum Ende übernehmen wollen.

Wie interpretieren Sie die Haltung der N-VA, die in den letzten Tagen mindestens zwei Mal eine Kehrtwende vollzogen hat und trotz anderslautender Ankündigung weiter in der Regierung bleiben? Bluffpoker?

Sie ist in ihren ÄuÙerungen sehr irrational und hat sich in ihrer Strategie verzettelt. Ich finde ihre Strategie zu einem Thema, das in der Gesellschaft so sensibel liegt, sehr gefährlich, weil sie nicht bei der Wahrheit bleibt. Sie betreibt eine Show- und Schockpolitik.

Die N-VA sagt, dass sie keine Regierungskrise will, widersetzt sich aber weiter dem Pakt. Gibt es eine Lösung?

Wenn sie keine Krise will, sollte sie das Ihrige dazu beitragen, damit es keine Krise mehr gibt. (gz)